

Der Schuldenberg der Philippinen



auf dem BUKO in Fulda

Die Auslandsschulden der Philippinen von 28,2 Milliarden US\$ (Stand vom 31. März 1987) standen auf dem zehnten BUKO vom 28.-31. Mai 1987 in Fulda als Beispiel für das Thema «Elende Schuld - unverschuldetes Elend» im Mittelpunkt des Kongresses.

Professor Amando Mendoza von der University of the Philippines (UP) in Manila erläuterte den etwa eintausend Teilnehmern das Ausmaß der Verschuldung, die Auswirkung der Schulden auf die Entwicklung der Wirtschaft unter 'Cory' Aquino und das Aktionsprogramm der gesellschaftspolitisch engagierten (cause oriented) Organisationen zur Abwehr der Schuldenknebelung.

Der BUKO forderte in der sogenannten «Fuldaer Erklärung» die Streichung der inzwischen auf über 1.000 Milliarden US\$ angewachsenen Auslandsschulden der Dritten Welt und setzte sich für die Unterstützung der sozialen Bewegungen in der Dritten Welt und in den Industrieländern gegen die Knebelungspolitik der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der kommerziellen Handelsbanken ein. Die Auseinandersetzung mit der Verschuldungspolitik der Bundesregierung und der deutschen Banken wird das Schwerpunktthema des BUKO für 1987-88 zur Vorbereitung auf den Kongreß der Weltbank und des IWF im September 1988 in Berlin sein.

Rund 20% der philippinischen Auslandsschulden stammen aus der Bundesrepublik. Allen voran hat die Dresdner Bank mit 128 Millionen US\$ den größten Schuldenanteil aus der Bundesrepublik und gehört daher auch zum Zwölfer-Gremium der insgesamt 483 privaten Gläubigerbanken mit Sitz in New York. An der Spitze des Gremiums steht die amerikanische Citibank mit 1,8 Milliarden US\$ Schuldenanteil.

Von den 28,2 Milliarden US\$ Auslandsschulden halten sich die staatlichen mit 14,7 Milliarden US\$ und die privaten mit 13,5 Milliarden US\$ in etwa die Waage. Die staatlichen und privaten Gläubiger wechseln sich wie ein Januskopf in der Knebelung des Landes ab. Der «Pariser Club» der staatlichen Gläubiger stundete im Januar 1987 siebenzig Prozent der Zinsen (nicht Tilgung) um einige Monate. Die kommerziellen Banken verbesserten im März 1987 den Zinssatz für die auf 9,3 Milliarden US\$ aufgelaufenen überfälligen Zinsen um marginale 0,7% i.e. von 1,6 auf 0,9% über den London Interbank Offered Rate (LIBOR).

Im Zeitraum des gegenwärtigen nationalen Sechs-Jahresplans von 1987-92 zur Wiederbelebung der von Marcos ruinierten Wirtschaft sollen insgesamt 14 Milliarden US\$ an Zinsen gezahlt werden. Das entspricht 60-80% des jährlichen Exporterlöses. Bei einem jährlichen Wirtschaftswachstum von 6% soll der Zinsendienst 35% des Exporterlöses nicht übersteigen. Aber das Wirtschaftswachstum kommt eben wegen der hohen Zinsbelastung nicht zustande.

Im Oktober 1986 hat der IWF einen Stützkredit von 519 Millionen US\$ zugesagt. Kredite fließen jedoch nur unter der Bedingung, daß die Wirtschaft im Sinne der Exportexpansion 'umstrukturiert' wird. Die 'Anpassung' (an den Weltmarkt) läuft auf die weitere Ent-Industrialisierung und die Entwicklung des Landes zu einer Bananenrepublik hinaus. Importe werden 'liberalisiert', Konsumgüter höher besteuert, 'Zurückhaltung' in der Lohnpolitik auferlegt und Subventionen für Grundnahrungsmittel gestrichen.

Das magische Zauberwort im Weltbank und IWF Labor der Philippinen heißt Privatisierung der Wirtschaft. Die von Marcos geplündert

ten und bankrotten Institutionen und Betriebe, selbst Schulen und Krankenhäuser, Hotels und Eisenbahnen, werden an Private verkauft. Bis 1988 werden sechs Großbanken verkauft, darunter die zentralen Entwicklungsbanken des Landes Philippine National Bank und Development Bank of the Philippines. Damit gibt die Regierung alle Möglichkeiten aus der Hand, auf das 'soziale' Mäntelchen der 'freien Marktwirtschaft' Einfluß zu nehmen.

Ausländischen Investoren ist der Dept to Equity SWAP (von Schulden zum Anteil Tausch) eingeräumt worden, d.h. wenn sie mit Devisen aufwarten und in der Landeswährung des Peso investieren, erhalten sie einen Bonus von 20-30% Anteil geschenkt. Das Land 'muß verkaufen'. Die Auktion läuft!

In der Regierung herrscht Uneinigkeit in der Behandlung des Schuldenproblems. Selbst die Entwicklungsministerin Monsod möchte alle Schulden abweisen, die auf Marcos Konto gehen. Der Finanzminister Ongpin und der Zentralbank-Gouverneur Fernandez führen sich dagegen wie Außenbeamte der Weltbank und des IWF auf. 'Cory' Aquino hat im September 1986 vor dem US-Kongreß versprochen, für alle Schulden des Marcos-Regimes einzustehen und zu zahlen. In der Öffentlichkeit regt sich Kritik an der amerikanischen Lobby in der Regierung und Widerstand gegen das wirtschaftliche Ausbluten des Landes durch Zinszahlungen. Man weist darauf hin, daß der Zinsendienst von nur zwei Jahren ausreichen würde, das Landreformprogramm der Regierung zu finanzieren. Denn laut der neuen Verfassung vom Februar 1987 sollen die Großgrundbesitzer für abgetretenes Land finanziell entschädigt werden.

Die 'cause oriented' Organisationen haben eine neue Initiative zur Lösung des Schuldenproblems ins Leben gerufen, um Druck auf den Ende Juni 1987 neu zusammengetretenen Kongreß und die Regierung auszuüben. Danach sollen alle Schulden zurückgewiesen werden, für die Marcos persönlich haftbar ist. Der Zinsendienst soll nicht zehn Prozent der Exporterlöse überschreiten. Für Schulden aus dem Agrarsektor sollen Waren, wie Zucker, Kopa und Kaffee, zur Abzahlung angeboten werden, da die Gläubiger selbst dafür die Preise auf dem Weltmarkt kontrollieren.

Für solche Maßnahmen zur Abwehr der Schuldenknebelung und für 'eivernehmliche Kompromißlösungen' bat die philippinische Delegation auf dem BUKO um solidarische Unterstützung aus der Bundesrepublik.

Heinz Kotte